

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Andrea Kahofer,
Genossinnen und Genossen
betreffend Versorgungssicherheit mit Medikamenten jetzt herstellen!

eingbracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 14. Dezember 2022 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundespflegegeldgesetz geändert wird (2717/A und 1824 d.B.)

Bereits in der Covid-19-Pandemie stand der medizinische Bereich vor großen Herausforderungen – in fast allen Bereichen fehlten Masken, der mangelhafte Zugang zu Desinfektionsmitteln, medizinischem Schutzmaterial und Medikamenten sorgte schon in den vergangenen zwei Jahren für massive Bedenken.

Damals wurde bereits darüber diskutiert, Medikamente und Schutzausrüstung verstärkt in Österreich herzustellen, um in Zukunft die Versorgungssicherheit wiederherzustellen. Gerade die SPÖ war es, die in diesem Zusammenhang mehrfach die Initiative ergriffen hatte und für eine Produktion von Arzneimitteln und medizinischen Gütern in Österreich eintrat.

Seit mehreren Wochen gibt es nun in Österreich erneut einen Engpass bei der Lieferung von Medikamenten. Unter anderem werden Antibiotika und bestimmte Psychopharmaka knapp, auch in anderen Bereichen gibt es die Befürchtung, dass sich Lieferschwierigkeiten ergeben könnten und zwar für rund 403 Medikamente. Für 249 Arzneimittel wurden gar ein Exportverbot verhängt, weil der Bedarf im Inland so groß sei, berichtet der ORF¹.

Die AGES, die diese Zahlen auch veröffentlicht führt auf ihrer Homepage mehrere Gründe für den Medikamentenmangel aus, dabei sind folgende drei besonders zu nennen:

- 1) Ausgelagerte Produktion – um günstiger produzieren zu können, wird die Produktion in Länder verlagert, die niedrigere Lohnkosten, aber auch niedrigere Standards in der Produktion haben, die zu Qualitätsmängeln führen können. Bei Stopps der Produktion und Komplikationen beim Transport, führt das zu einer möglichen Arzneimittelknappheit.
- 2) Zusammenschluss von Pharmaunternehmen – dieser führt zu einer Zusammenziehung von Produktionsstandorten und damit bei Ausfällen auch zu fehlenden Alternativen.
- 3) Parallelhandel – um Gewinne zu steigern, werden Medikamente dort verkauft, wo sie besonders teuer gehandelt werden. Das führt zu einer massiven Ungleichverteilung zwischen Ländern mit hohen und Ländern mit niedrigen Preisen.²

Zuletzt kamen noch gestiegene Kosten für die Produktion hinzu, die sich durch die Energiekrise und die fehlenden Maßnahmen, wie einen dringend notwendigen Gaspreisdeckel ergeben haben und damit negativ auf das Angebot wirken.

Die Versorgung mit lebensnotwendigen Arzneimitteln ist zu wichtig, um sie dem Zufall zu überlassen, oder sich abhängig von Marktmechanismen zu machen, auf die man keinen Einfluss hat.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft wird aufgefordert, die Produktion von Medikamenten und Wirkstoffen, wieder nach Europa und Österreich zurückzuholen. Die Regierung ist aufgefordert, hier eine staatliche Initiative zu starten. Es gilt, auf regionale Produktion mit höchsten Qualitätsstandards - sowohl im Bereich der Produkte, als auch im Sinne und zum Schutz der ArbeitnehmerInnen - zu setzen.“

Andrea Kahofer (KAHOFER)
E. Grömling (GRÖMLING)
Stephan Schennacker (SCHENNACKER)

¹ <https://wien.orf.at/news/9175514/> Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

² <https://www.ages.at/mensch/arzneimittel-medizinprodukte/parlamentarische-lieferengpaesse>

